PB.W-01-025

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Sandra Detzer (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 25 bis 28:

~~Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht, weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse, verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben Unternehmen Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.~~

Damit sich die Innovationskraft von Beschäftigten und Unternehmer*innen für nachhaltigen Wohlstand voll entfalten kann, muss Politik einen verlässlichen Ordnungsrahmen setzen. Wir sehen die Aufgabe des Staates darin, ambitionierte und transparente Rahmenbedingungen und Anreize so zu setzen, dass einzelbetrieblich sinnvolle Entscheidungen zum Erfolg der ganzen Volkswirtschaft beitragen können. Mit dieser klaren Rollenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft machen wir insbesondere die Klimaneutralität zum Erfolg für Unternehmen und Beschäftigte.

Begründung

Die Änderungen sollen die Ursprungsintention des Textes verstärken und unser Verständnis der Rollenverteilung zwischen Politik und Wirtschaft explizit machen

weitere Antragsteller*innen

Mona Neubaur (KV Düsseldorf); Sonja Rajsp (KV Rottweil); Sybille Klenzendorf (KV Karlsruhe-Land); Lukas Weber (KV Heidelberg); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Nicolá Lutzmann (KV Heidelberg); Hanna Heicke (KV Emmendingen); Anna Deparnay-Grunenberg (KV Stuttgart); David Vaulont (KV Freiburg); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Silke Holzbog (KV Ludwigsburg); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Lars Tanzmann (KV Ludwigsburg); Armin Haller (KV Ludwigsburg); Frank Feldmann (KV Ludwigsburg); Max Mayer (KV Ludwigsburg); Katja Fischer (KV Ludwigsburg); Matthias Kurrle (KV Stuttgart); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte)